

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Weich'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biefinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biefinger in Neuenbürg.

Nr. 129

Montag den 6. Juni 1932

90. Jahrgang

Regierungserklärung des neuen Kabinetts

Berlin, 4. Juni. Die Regierungserklärung des Kabinetts von Papen hat folgenden Wortlaut:

In einer der schwersten Stunden der Vaterländischen Geschichte übernimmt die neue Regierung ihr Amt. Das deutsche Volk steht in einer seelischen und materiellen Krise ohne Vorgang. Die Opfer, die von ihm verlangt werden, wenn der bornierte Weg zur inneren und äußeren Freiheit mit Aussicht auf Erfolg gegangen werden soll, sind ungeheuer.

Sie können nur ertragen werden, wenn es gelingt, die seelischen Voraussetzungen durch eine Zusammenfassung aller Aufbaumöglichkeiten und Staatserhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte zu finden.

Reichskanzler Dr. Brüning hat als erster den Mut gehabt, eine klare Bilanz der Lage zu fordern, in die uns in erster Linie der Versailles Vertrag und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise wie auch die Mißwirtschaft der Parlamentarismus gebracht haben. Diese Bilanz, die die heutige Regierung vorfindet, soll das deutsche Volk kennen. Die finanziellen Grundlagen des Reiches, Preußens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert.

Keine der notwendigen grundlegenden Reformen, die Voraussetzung jeder Gesundung — Verwaltungsreform, Finanzreform, Umgestaltung unseres staatlichen Lebens an die Armut der Nation — ist über schwache Ansätze hinausgekommen.

Die Sozialversicherungen stehen vor dem Bankrott. Die ständig gewachsene Arbeitslosigkeit zehrt trotz allen Arbeitswillens der besten Kräfte am Markte des deutschen Volkes.

Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materiellen Sorgen des Arbeitnehmers wie dem Arbeitgeber in weitem Maße abzumildern zu können. Sie haben den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Sie haben ihm Aufgaben zuerteilt, die er seinem Wesen nach niemals erfüllen kann. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch akzentriert worden. Der hierauf zwangsläufig folgenden moralischen Zermürbung des deutschen Volkes, vergrößert durch den ungeliebten gemeinschaftlichen Klassenkampf und vergrößert durch den Kulturvolkschismus, der die besten sittlichen Grundlagen der Nation zu vernichten droht, muß noch in letzter Stunde Einhalt geboten werden.

Zu tief ist schon in alle kulturellen Gebiete des öffentlichen Lebens die Zersetzung atheistisch-moralischen Denkens eingedrungen, weil die christlichen Kräfte des Staates zu leicht zu Kompromissen bereit waren. Die Reinheit des öffentlichen Lebens kann nicht auf dem Wege der Kompromisse um der Varietät willen bewahrt oder wiederhergestellt werden. Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundzüge der christlichen Weltanschauung aufzubauen zu helfen.

Die Regierung, die in dieser Stunde, erfüllt von ihrer schweren Verantwortung vor Gott und vor der Nation, die Leitung der Geschicke des Landes übernimmt, ist tief durchdrungen von dem Bewußtsein der Pflichten, die auf ihr liegen. Sie wird nicht zögern, den Kampf um

die Erhaltung der Lebensgrundlagen des Volkes, insbesondere auch der wehrfähigen Bevölkerung in Stadt und Land unverzüglich aufzunehmen.

Damit die Zahlungen der nächsten Tage und Wochen zur Aufrechterhaltung des staatlichen Apparates geleistet werden können, ist die Regierung gezwungen, einen Teil der von der alten Regierung geplanten Notmaßnahmen zu erlassen.

Im übrigen macht die Regierung in dieser Stunde keine Versprechungen. Sie wird handeln, und man soll sie nach ihren Taten beurteilen.

Auf außenpolitischem Gebiete ergeben sich die nächsten und wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung aus den im Gange befindlichen oder bevorstehenden internationalen Verhandlungen über die großen Weltprobleme der Abrüstung, der Reparationen und der allgemeinen Wirtschaftskrise. Bei allen diesen Problemen stehen höchste deutsche Lebensinteressen auf dem Spiele. Unser Ziel ist, in friedlichem Zusammenwirken mit den anderen Nationen unserem Vaterlande endlich volle Gleichberechtigung, politische Freiheit und die Möglichkeit wirtschaftlicher Gesundung zu verschaffen. Nur ein gleichberechtigtes, freies und wirtschaftlich gesundes Deutschland kann zur Gesundung der Welt beitragen. Freilich können alle Bemühungen um die Wohlfahrt der Völker sich nur dann auswirken, wenn es gelingt, gleichzeitig die wirtschaftlichen Störungen auf dem Gebiete des Geld- und Kapitalverkehrs und des Warenverkehrs, die gegenwärtig die Welt in Unruhe versetzen, zu beseitigen.

Die Reichsregierung wird an allen Bestrebungen mitzuwirken bereit sein, die diesem Ziele dienen.

Die Grundlage und Voraussetzung aber jeder wirksamen außenpolitischen Vertretung unserer nationalen Interessen, über die es Meinungsverschiedenheiten unter Deutschen nicht gibt, ist die Herbeiführung der innerpolitischen Klarheit.

Aus allen diesen Gründen hat sich der Reichspräsident entschlossen, dem Antrage der Reichsregierung Ratszugeben, den Reichstag aufzulösen.

Die Nation wird vor die klare und eindeutige Entscheidung gestellt, mit welchen Kräften sie den Weg der Zukunft zu gehen geneigt ist. Die Regierung wird, unabhängig von Parteien, den Kampf für die seelische und wirtschaftliche Gesundung der Nation, für die Wiedergeburt des neuen Deutschland führen.

Das Auflösungsdekret des Reichspräsidenten

Berlin, 4. Juni. Amtlich wird folgende Verordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages vom 4. Juni gemeldet:

Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich mit sofortiger Wirkung den Reichstag auf, da er nach dem Ergebnis der in der letzten Monatswahl stattgefundenen Wahlen zu den Landtagen der deutschen Länder dem politischen Willen des deutschen Volkes nicht mehr entspricht.

Berlin, 4. Juni 1932.
Der Reichspräsident: gez. von Hindenburg.
Der Reichskanzler: gez. von Papen. Der Reichsminister des Innern: gez. Freiherr von Gayl.

Wahl in Mecklenburg

Rostock, 5. Juni. Der Wahlsonntag in Mecklenburg-Schwerin ist, soweit bis jetzt Meldungen aus dem Lande vorliegen, vollkommen ruhig verlaufen. Nachdem sich während der vergangenen Woche verschiedentlich Zusammenstöße zwischen Angehörigen der Eisernen Front und der NSDAP ergeben hatten, blieb es heute ruhig. Die Ordnungspolizei wurde an keiner Stelle eingesetzt.

Um 23 Uhr lag das vorläufige Endergebnis der Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin vor. Es fehlen noch 20 von 1492 Wählern.

Abgegebene Stimmen: 250 453 = 80 Prozent.
Hiervon entfallen auf:
Sozialdemokratische Partei 107 609, 18 Sitze.
Kommunistische Partei 26 840, 4 Sitze.
Nationalsozialisten 175 221, 29 Sitze.
Deutschnationale 23 688, 5 Sitze.
Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 7867, 1 Sitz.
Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger 7443, 1 Sitz.
S.A.P. 947, 0 Sitze.

Die Mandatsverteilung im alten Landtag vom 23. Juni 1929 war folgende: Sozialdemokraten 20 Sitze, Kommunisten 3, Nationalsozialisten 2, Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft der Mitte 2, Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger 23, Mecklenburgische Bauernpartei 1, zusammen 51 Sitze.

Die Regierungsmöglichkeiten

Rostock, 5. Juni. Nach den bisherigen Ergebnissen der Wahlen zum Mecklenburg-Schweriner Landtag werden im neuen Parlament 29 Nationalsozialisten 29 Mandate aller übrigen Parteien gegenüberstellen. Den Nationalsozialisten wäre somit nach dem Muster von Braunschweig die Möglichkeit gegeben, zusammen mit den Deutschnationalen, die 5 Sitze erlangen könnten, die Regierung zu übernehmen. Ob aber die Nationalsozialisten den Deutschnationalen einen Regierungssitz einräumen werden, scheint aber bei der zwischen bei-

den Parteien seit Wochen vorhandenen Spannung fraglich. Während die im bisherigen Landtag in der Arbeitsgemeinschaft nationaler Mecklenburger zusammengeschlossenen Regierungsparteien über insgesamt 29 Mandate verfügt haben, werden sie in dem neuen Landtag nur mehr 6 (bisherige Arbeitsgemeinschaft 1 und Deutschnationale 5) Vertreter entsenden. Die Arbeitsgemeinschaft der Bürgerlichen Mitte, in der die Mitte und die Staatspartei vereinigt sind, haben etwa über die Hälfte ihrer Wählerstimmen eingebüßt und erhalten nunmehr nur noch einen Sitz. Die SPD, mit einem Verlust von rund 10 000 Stimmen konnte sich verhältnismäßig gut halten. Ihre Fraktion ist um zwei Mandate geschwächt. Die Kommunisten haben einen Sitz hinzugewonnen. Leer ausgegangen ist die S.A.P.

Die Möglichkeit, daß der NSDAP, aus den Ergebnissen der noch ausstehenden 20 Bezirke ein weiteres Mandat zufällt, ist durchaus vorhanden. In diesem Falle würden die Nationalsozialisten wie in Oldenburg über eine absolute Mehrheit verfügen. Daß eine der anderen Parteien noch einen Sitz erhält, ist nicht mehr anzunehmen.

Gregor Straffer zum Regierungswechsel

Braunschweig, 5. Juni. In einer großen Kundgebung der NSDAP sprach am Sonntag abend vor etwa 2000 Zuhörern der Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Gregor Straffer, der u. a. erklärte: Wir sind dem neuen Kabinett Baden gegenüber in jeder Form ungebunden. Wir haben von Anfang an von diesem Kabinett nur eine Forderung und ihre Erfüllung erwartet: Das Volk in dieser Zeit unerhörter Not selbst zu betragen, wie es regiert werden will und uns, die wir jene Umwälzung im Denken der deutschen Nation geschaffen haben, für diesen Wahlkampf die Freiheit der agitatorischen Arbeit in jeder Form zu gewährleisten. Nach der Reichstagswahl wird der Nationalsozialismus seine Entschlüsse und seine Forderungen bekunnen. Der Redner polemisierte im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sehr scharf gegen die Zentrumspartei.

Anzeigenpreis:

Der einseitige Preis für eine Zeile in der ersten Spalte beträgt 10 Pf., in den übrigen Spalten 8 Pf. Bei größeren Aufträgen Abmachungen, die im Falle des Abbruchs des Anzeigenlaufes eintritt, werden ebenfalls in Betracht gezogen. Bei Zeitungsabonnements werden alle früheren Abrechnungen außer Kraft gesetzt. Für alle Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Der größte Betrug

Von Prof. Harry Elmer Barnes.

Wir bringen nachstehend einen Auszug aus einem Aufsatz von Prof. Barnes „Der größte Betrug aller Zeiten“, in dem der amerikanische Professor sich gegen Reparationszahlungen Deutschlands ausspricht. (Zuschnitt der „Berliner Monatshefte“.)

Die Reparationsleistungen stellen die Deutschland von den Verbündeten mit der Begründung auferlegten Strafe dar, daß Deutschland vorsätzlich und allein für den Weltkrieg die Verantwortung trage. Mit dieser Begründung wurde Deutschland gezwungen, an die Verbündeten einen zur Deckung aller ihrer Zivilbevölkerung während des Krieges zugefügten Schäden, einschließlich der Kriegspensionen, ausreichenden Betrag zu zahlen.

Im Jahre 1921 legten die verbündeten Mächte den genauen Betrag der Reparationen auf 33 000 000 000 Dollar fest. Nachdem es über 25 000 000 000 Goldmark angezahlt hatte, geriet Deutschland im Jahre 1922 in Zahlungsschwierigkeiten. Frankreich besetzte das Ruhrgebiet. Der Dawes-Plan enthielt keine Bestimmungen über den Gesamtbetrag. Im Young-Plan wurde eine neue Gesamtforderung festgesetzt, die die frühere auf 17 611 000 000 Dollar herabsetzte.

Großbritanniens Kriegsschuldjahresratenzahlung an die Vereinigten Staaten beträgt das Doppelte der Summe, die es von Deutschland erhält (8 800 000 000 Dollar). Frankreich behält indessen die Hälfte seines Reparationsanteils nach Leistung seiner Zahlungen sowohl an Großbritannien wie die Vereinigten Staaten ein. Unter dem Regime des Dawes-Planes behält es weit mehr als 30 Prozent zurück.

Die Reparationsforderungen gründeten sich auf ein im Friedensvertrag enthaltenes moralisches Gebot. Die Kriegsschulden aber ergeben sich aus gutgläubig gemachten Anleihen, deren Mehrzahl bereits vor Kriegsende abgegeben wurde. Es fließt demnach ein breiter Abgrund zwischen den moralischen Grundlagen der Kriegsschulden und der Reparationen.

Das altersschwache Argument der Anhänger der Streichung der Ententeschulden, daß nämlich die Entente den Krieg für uns geführt und vor der Annahmeerklärung durch Preußen gerettet habe, haben die Fortschrittsresultate der Historiker längst gründlich absurdum geführt.

Auch wenn wir immer noch nicht ganz darauf verzichtet haben sollten, die Deutschen als bössartige Vorklauen zu betrachten, ist die Tatsache nicht aus der Welt zu leugnen, daß Frankreich um die Rückeroberung Elsas-Lothringens, Rußland um die Weertungen und Großbritannien um die Vernichtung des deutschen Wettbewerbs im Dandel und zur See kämpften. Die Verbündeten haben auch nicht einen Augenblick daran gedacht, den Krieg „für uns“ zu führen. Sie führten ihn für ihre eigenen Interessen und zogen uns hinein, um die Anstalten für sie aus dem Feuer zu holen.

Die ganze Reparationspolitik der Entente gründet sich auf einen zweiten großen Betrug, nämlich auf die Verpflegung der angeblichen Alleinverantwortlichkeit Deutschlands für den Weltkrieg. Wenn wir uns der Vogt unterwerfen, würden wir fragen, warum Deutschland etwas zahlen sollte. Das Verhalten der Entente-Staaten in den Kriegsschulden und Reparationen schließt somit einen dreifachen Betrug in sich. Erstens wurden wir bezüglich der Forderung unserer großen Anleihen betrogen. Zweitens hat die Entente sich der Zahlung dieser Schulden zu entziehen versucht. Schließlich hat sie große Summen von Deutschland eingezogen, die dank einer durch und durch betrügerischen und unhaltbaren Kriegsschuldkauf erhoben wurden.

Sozialistische Revolution in Chile

Santiago de Chile, 4. Juni. Unter der Führung des Obersten Marimadito Grove ist eine Meuterei der Luftstreitkräfte ausgebrochen. Die Regierung hat den Belagerungszustand erklärt. Sie versucht, den Flugplatz mit treugebliebenen Truppen zu umstellen. Es erweist sich fraglich, ob sie imstande sein wird, den Zustand niederzukämpfen, da auch andere Truppenteile mit den Aufständischen sympathisieren. — Präsident Montero ist heute zurückgetreten. Der Kuffian hat mit einem Sieg der Revolutionäre geendet. Die neue sozialistische Regierung beabsichtigt, den Kongress aufzulösen, neue gesetzliche Bestimmungen betreffend die Ausdehnung der Selbstverwaltung zu erlassen, eine Anleihe aufzunehmen, die durch die großen Vermögen gedeckt werden soll, die Arbeit zu reorganisieren, die Einfuhr von Luxusartikeln zu verbieten und alles in allem den sozialistischen Staat zu schaffen, der einzig und allein das Privatigentum fortbestehen lassen will.

Nach einer weiteren Weidung aus Santiago de Chile hat die neue Regierung mehrere Regimenter aufgelöst. Es werden nur die Karabiner-Regimenter und die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in Frage kommenden Polizeikräfte beibehalten werden.

Tokio, 4. Juni. Eine chinesische Flieger, der von einem Flug gegen kommunistische Banditen in den Provinzen Kuangshou und Honan zurückkehrte, ließ aus Versehen über der Stadt Bengsu eine 35 Pfund schwere Bombe fallen, wodurch 22 Personen getötet und 41 Personen schwer verletzt wurden. Die erlöschende Menge überfiel darauf das Hauptquartier der Fliegertruppe, deren Kommandant getötet werden soll.

Kantung, 4. Juni. Die chinesische Regierung gibt bekannt, daß mit der Beendigung des chinesisch-japanischen Streitfalles in Schanghai Kantung wieder Hauptstadt der chinesischen Republik werden wird. Die Regierung werde in den nächsten Tagen aus Peking wieder nach Kantung überziehen.



Russisch-türkisch-italienischer Dreieck?

Der neue deutsche Außenminister wird in Genf eine Veränderung der Lage antreffen, die durch die Türkei hervorgerufen wird. Es ist kein Zufall, daß die Türkei ausgerechnet jetzt, da in Genf die Wärfel über die Vorhänge fallen, ihren Vertreter nach Rom schickt.

Die Türkei hatte sich bekanntlich nach dem Kriege von Europa abgewandt. Sie beschäftigte sich mit dem Ausbau ihrer Wirtschaft, mit inneren Sorgen und asiatischen Angelegenheiten. Die Balkankonferenz von Stambul (Oktober 1921) brachte jedoch eine Wende; denn von da ab bewegte sich die türkische Politik bewußt europawärts. In der Türkei werden die großen europäischen Probleme, der Bolschewismus, Faschismus und der Völkerbund anders als in Europa beurteilt. Dabei wird der Bolschewismus dem Nationalkommunismus und der Völkerbund gerne dem Parlamentarismus gleichgesetzt. Jemal Pascha, der Herr der Türkei, schwärmt nun für eine Linie, die sich zwischen dem Nationalkommunismus und Nationalfaschismus bewegt. Dabei ist es vielleicht zu erklären, daß er vorher nach Moskau reiste.

Dort soll nun, italienischen Pressedarlegungen zufolge, u. a. auch darüber verhandelt worden sein, wie man den Völkerbund auslösen könne; denn die französische Vorherrschaft und Politik, die sich in Genf breitmachte, mißfallen gleichermaßen der russischen wie türkischen Politik. So beschloß man angeblich in Moskau, die Türkei solle einfach in den Völkerbund eintreten. Dadurch wäre dann die Front der Gegner Frankreichs erweitert und so könnte der Völkerbund leichter „aufgelöst“ werden.

Nach dem Moskauer Besuch wandte sich nun die türkische Politik nach Rom. Auch dort ist die Politik über den französischen Einfluß in Genf angehalten. Mussolini würde es nun begrüssen, wenn die Türkei durch den Eintritt in den Genfer Völkerbund den Kampf gegen Frankreich erleichtern würde.

Die faschistische Presse verwahrt sich jedoch dagegen, daß schon jetzt von einem türkisch-italienischen Bündnis gesprochen wird, obwohl sie doch besonders die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und der Türkei hervorhebt. Vor allem aber wendet sie sich gegen das Gerücht, daß ein russisch-türkisch-italienischer Dreieck bevorstehe. Aber immerhin streift sie es nicht ab, daß diese drei Völker miteinander arbeiten und sogar einen Dreieck schließen könnten, wenn die Entwicklung der Völker abgeschlossen ist, die die sozialen Lebensformen „umbilden und mit dem Abgeriebenen aufräumen“. Wird die deutsche Außenpolitik diese neue Entwicklung für uns ausnützen können?

Deutschland zahlt zu wenig Steuern, sagt Herriot

Alle Staatsmänner Frankreichs verfaßten irgendwie die Reparationen zu retten. Herriot legte nun, kurz vor der Lausanner Konferenz, in der „Vosneer Zeitung „Le Democrat“ dar, daß Deutschland eigentlich keine so große Steuerbelastung aufweise und daß es daher — das ist der Zweck seiner Ausführungen — wenig Reparationen zahlen könne. Der Herriot-Vergleich nimmt sich französische Zahlen aus dem Jahre 1920 zu sehen, die natürlich reichlich überaltert sind. Danach betrug der Anteil an Steuern am Volkseinkommen: In Großbritannien 24,9 Prozent, in Deutschland 22,2 Prozent, in Italien 22,8 Prozent, in Frankreich 22,9 Prozent. Die Vereinigten Staaten würden nur die halbe Steuerlast der europäischen Länder zu tragen haben.

Der Vergleich Herriots läßt nun die hohen sozialen Kosten ganz außer Acht. Mit ihnen wird in Deutschland 35 Prozent des Volkseinkommens, in den übrigen europäischen Ländern dagegen nur 15-17 Prozent des Volkseinkommens durch den Staat beschlagnahmt. Außerdem bedeutet Herriot nicht, daß es ein Kleinunterschied ist, ob mit den Steuererträgen wirtschaftliche Bedürfnisse oder politische Schulden abgedeckt werden. Außerdem sind bei dem Steuervergleich die hohen indirekten Steuern nicht berücksichtigt. Endlich fehlt ein armes indirektes Steuern nicht berücksichtigt. Endlich fehlt ein armes Land einen zwanzigprozentigen Steuerabzug weit empfindlicher als ein wohlhabendes Land. Ein Land mit Kapitalüberschuß, wie Frankreich, kann außerdem mehr Steuern aufbringen als ein Land mit Kapitalarmut, wie z. B. Deutschland. Mit diesen feinen Ziffern wird Herriot in Lausanne nicht viel Eindruck machen.

Auch für neutrale Länder schwer erträglich

Die bevorstehende Lausanner Konferenz geht in ihrer Bedeutung weit über den Kreis der unmittelbar an der Frage der Reparations- und Kriegsschulden beteiligten Länder hinaus, ihre Entscheidungen betreffen ein weltwirtschaftliches Problem erster Ordnung. So ist es zu verstehen, wenn wirtschaftliche Kreise der im Kriege neutralen Länder die Auffassung vertreten, daß auf dieser Konferenz auch ihre wirtschaftlichen Interessen auf dem Spiel stehen und daß ein ergebnisloser Ausgang der Verhandlungen für sie im gleichen

Maße schwer erträglich sein wird, wie ihnen eine endgültige und wirtschaftlich vernünftige Lösung bringen würde. Ob eine solche Lösung erreicht werden wird, erdient, wie die Deutsche Bank und Diskontogesellschaft in ihrem neuesten Wirtschaftsbericht hervorhebt, leider völlig ungewiß.

Generalansprache im Landtag über die wirt. Staatsfinanzen

Stuttgart, 4. Juni. In Beginn der heutigen Landtagssitzung wies Abg. Winter (Soz.) in einer parteiweisen Erklärung den Vorwurf des Finanzministers, daß er als früherer Vorsitzender des Finanzsausschusses verfaßt habe, die Rechnungsergebnisse des wirt. Staatshaushaltsplans im Finanzsausschuss einer Prüfung unterziehen zu lassen, als völlig deplaziert zurück. Eine laufende und wirksame Prüfung kann nur durch einen unabhängigen Rechnungshof erfolgen.

In einer weiteren persönlichen Erklärung wies Finanzminister Dr. Dehlinger den gestern vom Abg. Winter gegen ihn erhobenen Vorwurf, er habe den Landtag hinter das Bild geführt, zurück. Die Prüfung der Rechnungsergebnisse kann auch das Parlament vornehmen, wenn es nur will. Eine dritte persönliche Erklärung gab Abg. Blücher (Soz.), ab, der betonte, daß er gestern nur den Abg. Winter gegen einen ungeschicktesten Angriff des Finanzministers in Schutz genommen habe.

Als Mitglied des Landtags des Lotteriedeckungs bei der „Frankisch-Süddeutschen Klassenlotterie“ wurde der Abgeordnete Kistler (F.) und als Mitglied der Staatsschuldenverwaltung der Abg. Waldmann (N.S.) gewählt.

Sodann wird mit der allgemeinen Ansprache zu der Zentrumsanfrage betr. die Lage der wirt. Staatsfinanzen begonnen.

Abg. Rurr (N.S.): Das Volk versteht es nicht, daß gerade das Zentrum diese Anfrage gestellt hat, denn es handelt sich doch um die Finanzwirtschaft der Regierung, die in den letzten Jahren. Die Anfrage ist nur Spiegelschere. Das Volk will von solchen parlamentarischen Wägen nichts wissen. Das Bild, das der Finanzminister entworfen hat, war sehr trübe. Schlechter als dem Staat geht es den Gemeinden. Der Rückgang der Reichssteuererlöse ist auf die Tributpolitik zurückzuführen. Ein Kind konnte voraussehen, daß dieser Staat Bankrott machen würde. Wir haben immer vor der Tributpolitik gewarnt. Was in den letzten 13 Jahren im Reich vermaßelt worden ist, kann nicht in wenigen Wochen wieder gutgemacht werden. Unsere Notverordnungen werden sich nicht gegen, sondern für das schaffende Volk auswirken. Der Finanzminister hätte uns doch positive Vorschläge machen sollen, wie das Defizit zu decken ist. Auch eine geschäftsführende Regierung hat Verantwortung und darf nicht nur die Gehälter einschleichen. Wir wollen aber auch als Opposition der Regierung einige Hinweise geben. Es muß möglich sein, durch eine weitreichende Staatsvereinfachung größere Ersparnisse zu machen. So ist die Berliner Gefandtschaft aufzuheben. Die Ministergehälter sind herabzusetzen. Wo Nationalsozialisten an der Regierung beteiligt sind, wurden überall die Ministergehälter herabgesetzt. Wir schlagen ferner die Einführung einer Bekämpfung der Warenhäuser und Einheitsvertriebsstellen vor. Man muß endlich handeln.

Abg. Ulrich (Soz.): Der Redner hat sich in mürrischer Weise bemüht, durch die finanzpolitischen Berechnungen des Finanzministers diese braune Striche zu ziehen. Wir wollen einige rote Korrekturen und Fragezeichen andringen. Im Wahlkampf hat Schwabens großer Generalgeldmarschall den guten Stand der wirt. Staatsfinanzen gefühmt und sich selbst gelobt. Aber heute malt er ganz grau. Vor acht Jahren hat der Finanzminister Dr. Dehlinger von der vorangegangenen Vorkriegsregierung nicht nur gute Finanzen, sondern auch Reserven in Höhe von 50 Millionen Mark übernommen. In seinem Lande Deutschlands werden die Gemeinden vom Staat so schlecht behandelt wie im gelobten Lande Dealingers. Diese Politik hat der Abg. Mergenthaler stets unterstrichen. Die Sozialdemokratie war immer bereit, an der Ausgleichung des Staatsbudgets mitzuwirken. Acht Jahre lang hat aber der Finanzminister irreführende Angaben über die Staatsfinanzen gemacht. Nichts rechnete er einen Millionenverlust vor, während stets Millionenüberschüsse herauskamen. Entweder ist beim Finanzminister Mangel an Rechenkunst oder Mangel an Aufrichtigkeit festzustellen. Die schlimmste Parteibuchhalterwirtschaft besteht dort, wo die Dankenskreuzer regieren. Operettenhaft war die Beamtenernennung Dittlers. Wir sind für völlige Befreiung der Ministerpensionen. Aber wir wenden uns gegen den Versuch der Nationalsozialisten, zweierlei Recht zu schaffen. Der Redner begründet dann die verschiedenen sozialdemokratischen Anträge, betr. Forderung des Befoldnungsgehaltes, Verwaltungsvereinfachung, Renauierung der Erwerbslosenlasten, Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, Hilfe für die Gemeinden, Wohnungsbaudarlehen, Leistungen des

wirt. Staats an das Haus Württemberg. Der frühere nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete General Ludendorff hat über die Nationalsozialisten geurteilt: Sie tun sozialistisch nach links, sie sind nationalistisch nach rechts, vollständig bei den Protestanten, kompromittiert bei den Katholiken. Die Regierungsverhandlungen in Württemberg wurden mit mehr Kavale als Liebe geführt. Mehr murrend als dankend haben die Nationalsozialisten abgelehnt. Im Reich wollen sie das Kommando über Reichswehr und Polizei, also über Kanonen, Maschinengewehre, Artillerie, Gummistümpel, Säbel. Die Regierungsverhandlungen waren ein Kuhhandel. Unerforschlich wie die Waage Gottes waren dabei die Wege des Christlichen Volkedienstes, der sich ganz an die Rockschöße der Nationalsozialisten gebängt hat. Im Wahlkampf schrieb der Christliche Volkedienst, Dittlers Weg führe nach Rom zur katholischen Einheitskirche. Heute ist der Christliche Volkedienst Reisebegleiter der Nationalsozialisten auf dem Wege nach Rom. Sehr gewundert haben wir uns, daß die Nationalsozialisten sich bemüht haben, mit dem Zentrum in Koalition zu kommen, das sie als schwarze Fels bezeichnet haben. Im Wahlkampf haben die Minister Bols und Beutler Maßnahmen gegen parteipolitische Ausschreitungen eines Teils der Beamten angekündigt. Wir fragen, welche Konsequenzen jetzt gezogen werden. Bewahrung legen wir ein, der deutschen Arbeiterschaft die nationale Genugung abzusprechen.

Abg. Keil (Soz.) erklärt zur Geschäftsordnung, er werde im Restekontar eine Klärung über die Geschäftsführung des Präsidenten herbeiführen.

Abg. Dr. Strödel (N.S.): Die ganze Wirtschaft kämpft augenblicklich auf Leben und Tod. Der Mittelstand verliert die Landwirtschaft ist im Norden zum Teil rettungslos verloren. Der Süden folgt in 1-2 Jahren Abstand nach. Kein Wunder, daß die Unzufriedenheit weiter wächst. Sie ist der Nährboden für den Kapitalismus. Die staatsverhaltenden Kräfte müssen sich zusammenschließen. Die Darlegungen des Finanzministers waren nicht sehr erfreulich. Württemberg hat bisher Ordnung gehalten in seinen Finanzen. Wir sprechen dem Finanzminister unsere Anerkennung aus. Das Defizit kommt hauptsächlich vom Reich her. Dort muß der Hebel angelegt werden. Die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung war eine Dabbel. Die meisten Maßnahmen kamen zu spät. Der Zusammenbruch der Land- und Forstwirtschaft und des Gartenbaus ist im Gange. Die Folgen für die Reichsfläche. Neue Steuern wären untragbar. Die vorliegenden Anträge laufen fast alle auf eine Verbelastung der Staatskasse hinaus. Die Schlachtsteuer ist für die Landwirtschaft ganz unannehmbar. Groß- und Kleinvieh ist ohnedies kaum zu verkaufen. Die deutsche Landwirtschaft kann die ganze deutsche Bevölkerung ernähren, sie muß aber vor der überflüssigen Einfuhr geschützt werden.

Abg. Joh. Fischer (Dem.): Die Rede des Abg. Rurr hat durch ihre Parteilichkeit völlig enttäuscht. Wegen einer solchen nichtstagnierenden Rede hätte man die geistige Landtagssitzung nicht unterbrechen müssen. Der Etat für 1922 muß noch einmal gründlich durchgeprüft werden. Neue Steuern können nicht mehr eingeführt werden. Der Tag, an dem die Regierung Bildung zurücktrifft, war einer der schwärzesten in der Geschichte Deutschlands.

Sodann wird abgebrochen. Fortsetzung der Beratung Dienstag nachmittags 4 Uhr. Außerdem kleine Anfragen und Stillschubwahlen.



„Schwester Clarissa“

Sie sehen so blaß aus, was fehlt Ihnen? — „Ach, Schwester Jolanthe, seit Tagen plagen mich die Hämorrhoiden so arg, daß ich kaum den Dienst versehen kann.“ „Das tut mir leid. Gehen Sie zum Chirurgen, Schwester, und lassen Sie sich Postersian verschreiben. Das ist ein Mittel von überraschender Wirkung. Die Patientin von Nr. 17 hat es sofort vor der Operation bewahrt!“ — In allen Apotheken: Postersian-Salbe für RM. 1,50 — eisan-Zäpfchen für RM. 2,50.

Die tolle Miss

33. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) An der Tür wandte sie sich noch einmal um. „Wie lange werden wir unterwegs sein?“ „Wenn wir rechtzeitig abfahren — vielleicht wieder um fünf — dürfen wir — hm — spätestens um zwei Uhr nachmittags in Berlin sein!“ Als der neue Tag graute, flog die schlaffe Limousine bereits mit neunzig Stundenkilometern über die Landstraße dahin. Die Flucht war glänzend gelungen. Noch jetzt schierte Susi fröhlich in sich hinein. Ihren Pa hatte sie längst von der ersten Stadt aus telegraphisch verständigt. Für die Tante war ein kurzgefaßter Brief zurückgeblieben, an dessen Lesart sie aller Wahrscheinlichkeit nach wieder einmal ihre ganz besondere Freude haben würde. Mit lodender Glut brannte die Sonne am Firmament, aber obwohl Johann das Schnellzugstempo ununterbrochen anhält, wurde es doch vier Uhr nachmittags, bis der staubbedeckte Kraftwagen vor der kleinen Villa im Berliner Grunewald hielt. Ein weiblichsüßes Dienstmädchen öffnete. Als Susi Fräulein von Weichbach zu sprechen begehrte, erwiderte es bedauernd: „Das gnädige Fräulein ist nicht anwesend.“ Susi konnte ihre Enttäuschung nicht verbergen. „Wann kehrt sie zurück?“ wollte sie wissen. „Vor vierzehn Tagen kaum.“ „Wa-a-a-s?“ „Ja, Fräulein von Weichbach ist gestern abend zu ihrer Schwester nach Kissingen abgereist.“ „Ach, du meine Güte!“ murmelte Susi und schaute ratlos bald auf das Mädchen, bald auf ihren Chauffeur. Johann wandelte ein Lächeln an, aber er unterdrückte es, räusperte sich dafür und meinte depon: „Ich wähle eine erstklassige Pension, wo gnädigste Komtesch vorläufig vor-

züglich aufgehoben wären. In dieser Pension pflegte die Schwester meines früheren Herrn des öfteren Wohnung zu nehmen.“ In beschleunigtem Tempo ging es nach Charlottenburg, wo sich diese Pension befand. „Und wo bleiben Sie, Herr von Treustedt?“ erkundigte sich Susi unterwegs. Er war um eine Antwort nicht verlegen. „Kaum drei Minuten von der Pension befindet sich ein Hotel, wo ich, Ihre gültige Erlaubnis vorausgesetzt, wohnen und auch zugleich den Wagen unterstellen könnte, so daß ich nicht nur in Ihrer unmittelbaren Nähe, sondern auch stets zur Stelle wäre, falls gnädigste Komtesch Ausfahrten zu machen gedenken!“ Er freut klatschte sie in die Hände. „Großartig! Wir beide schauen uns einmal gründlich dieses große Berlin an.“ Dann schweig sie wieder, während der Wagen durch stille Vorortstraßen flog, und dachte angestrengt nach, wie sie dem Manne, der da neben ihr saß, einen plötzlichen in ihr aufgetauchten Gedanken beibringen könnte. Schließlich glaubte sie, den rechten Weg und das rechte Wort gefunden zu haben. „Hören Sie, Herr von Treustedt. Sie müssen mir schon gestatten, daß ich Sie jetzt so nenne.“ Wieder stockte sie, um aber dann doch mutig fortzufahren: „Auf das Insekt haben Sie doch inzwischen noch nicht geschrieben?“ „Allerdings — nein,“ erwiderte er verblüfft. „Sehen Sie, dann kloppt es ja! Im Augenblick ist nämlich bei mir der Posten eines gebildeten Reisebegleiters zu besetzen, wozu ich Sie nun anserlehen habe. Das heißt,“ lehnte sie ein wenig schüchtern hin, „wenn Sie Lust dazu haben!“ Trotz seiner Ueberraschung konnte er es nicht hindern, daß sich seiner ein unbegreiflicher Jubel bemächtigte. Und ob er wollte! Nur war ihm nicht ganz verständlich, wie sie sich das Kommende gedacht hatte. Aber Susi klärte ihn umgehend auf. „Sie sehen doch ein, Herr von Treustedt,“ dozerte sie, „daß ich als alleinreisende, junge Dame in Berlin überhaupt nichts unternehmen kann. Und —“ Ihre Stimme

lang zu einem Hütern herab. — und ich wäre doch leichschrecklich gern einmal in eine Operette oder in ein gutes Kabarett gegangen und in ein Raffehaus, wo Musik ist und dann vor allen Dingen in den Luna-Park und in den Zoo, wo die vielen Löwen und Krokodile sind, und in den Zirkus und in ein Varieté und in die Eisarena und in das Planetarium —“ Johann lachte aus vollem Halse. „Gnädigste Komtesch haben sich nicht wenig vorgenommen!“ „Bergehen Sie nicht, Herr von Treustedt,“ erwiderte sie heiter, „daß die günstige Gelegenheit nie, nie wiederkehrt! Sie würde mit mir doch nur in die Oper, ins Planetarium und allenfalls noch in den Zoo gehen. In allen anderen Stätten pilgert er allein, ach, ich kenn, ihn doch! Und ich sitze dann in der Pension und kann mich zu Tode mopen. In Dresden hat er es mit mir vor einem Jahr genau so gemacht. Und mich interessiert doch alles so sehr! Es muß doch himmlisch sein, sich das alles einmal ansehen zu können, ohne daß immer jemand dabei ist, der nur sagt: „Susi, sitz gerade!“ Oder „Susi, ich nicht zuviel Torle, du verdirbst dir den Magen!“ Oder „Susi, lache nicht so laut, das schickt sich nicht!“ Ach, muß das herrlich sein, einmal so ganz ohne Gängelband hummeln gehen zu dürfen!“ „Derartige Ermahnungen brauchen Komtesch allerdings nicht von mir zu befürchten!“ lächelte er und steuerte den Wagen in den Kurfürstendamm hinein. Sie nickte lebhaft. „Ja, ich weiß, Herr von Treustedt. Sie, ja Sie sind Kavaller!“ Ihre Augen strahlten. „Ach, eine Schande ist es, daß Sie Chauffeur spielen müssen! Ganz andere Positionen könnten Sie doch bekleiden! Aber das wird bald ein Ende haben! Das hat überhaupt schon sein Ende! Sie sind ja nicht mehr mein Chauffeur, sondern mein Reisebegleiter. Aber — hm — eigentlich — das genügt eigentlich nicht. Schon bei Leute wegen genügt das nicht. Himmelsdammwetter, wie drückeln wir denn das am besten? — Hal! Ich hab's! Ich hab's! Wissen Sie, was Sie sind, solange wir in Berlin sind? Sie sind — mein Cousin! Jetzt sind Sie platt, was?“ (Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land

Die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperverwaltungsangelegenheiten hat die Wiederwahl des Bürgermeisters Johannes Kaulbach in Dilsau, Oberamt Calw, zum Ortsvorsteher dieser Gemeinde bestätigt.

Auf Grund der am 21. Mai und den folgenden Tagen abgehaltenen zweiten Dienstprüfung ist der nachgenannte Lehrer zur ständigen Anstellung an evangelischen Volksschulen für befähigt erklärt worden: Jakob Kirchherr vom Kapfenhardt.

Wetterbericht: Ueber dem Festland befinden sich kleinere Depressionsgebiete, im Norden ein Hochdruckgebiet. Für Dienstag und Mittwoch ist wohl mehrfach aufsteigendes, aber zu Gewitterbildungen geneigtes Wetter zu erwarten.

Böden a. G. u. S. Juni. Nachdem sich der Turnverein im Vereinsregalster hat eintragen lassen, hat die Gemeindeverwaltung dem Verein einen namhaften Betrag zum Bau einer Turnhalle übermitteln und was vor kurzer Zeit noch in nebelhafte Ferne gerückt schien, ist Tatsache geworden: Die Turnhalle ist im Bau fast fertiggestellt. Auf Grund einer von Turnwart Franz Dillberger gefertigten Skizze ist von Architekt R. H. Neuenburg ein Plan ausgearbeitet worden, der vom Oberamt und der Gemeinde genehmigt und nun zur Ausführung gebracht worden ist. Nach diesem Plan sieht die Halle unmittelbar unterhalb des Reifweges im Ziegenweg am Tal, mit der Vorderlängsseite gegen Norden. Sie ist 17 Meter lang, 10 Meter breit und 4 Meter hoch und mit einem Flachdach (Walmendach) versehen. Der Lohboden hat eine Fläche von 1041 Meter. Ein Anbau gegen Süden enthält ein großes Sitzungs- und Ankleidezimmer und die Abortanlagen. Die Halle ist so gebaut, daß jederzeit Erweiterungen an ihr vorgenommen werden können. Sie erhält zunächst nur eine einfache Verkleidung mit Farbputz und wird zu späterer Zeit auch innen vollends ausgestattet werden. Es wurden durch Meister und Vereinsmitglieder annähernd 2000 freiwillige Arbeitsstunden geleistet. Maurerarbeiten Robert Brämer, Zimmerarbeiten und Bauleitung Franz Dillberger, Schmiedearbeiten Friedrich Dittus, Tischlerarbeiten Hermann Sieb-Calmbach, Dachdeckerarbeiten Paul Barth-Calmbach, Schreinerarbeiten Ludwig Bort und Ludwig Müller, Malerarbeiten Friedrich Kademann. Gestern Abend wurde das Richtfest gehalten. An einen kraftvollen Zimmermannspruch von Franz Dillberger schloß sich ein kleiner Schmaus im alten Turnraum, wo bei Reden und Gesang der Freude über das Gelingen des Unternehmens reichlich Musik geblasen wurde. Die offizielle Einweihung der Halle wird im August stattfinden.

25 Jahre Volkshelmschlacht Charlottenhöhe

Am 25. Mai feierte sich zum fünfundsiebzigsten Male der Tag, an dem die bis weit über Württemberg hinaus bekannte Volkshelmschlacht Charlottenhöhe bei Calmbach ihre Tore zum Wohle der Allgemeinheit geöffnet und trotz Kriegs-, Arznen- und Notzeiten ohne einen Tag Unterbrechung offen gehalten hat. Rund zehntausend Patienten haben während dieser fünfundsiebzig Jahre Behandlung oder Binderung von schwerem Leiden auf Charlottenhöhe gesucht.

In einer Verwaltungsratsitzung am Jubiläumstage, die in erster Linie der Besprechung vermittlungstechnischer Fragen galt, konnte die fortschreitende Entwicklung des Unternehmens, der umfangreichen sanitätsärztlichen Material zugrunde liegt, festgestellt werden.

Württemberg

Stuttgart, 4. Juni. (Cohnschiedsgericht im württembergischen Gastwirtsberuf.) Der ab 1. Januar 1932 geltende Lohnstarif für das Gastwirtsberuf in Württemberg wurde am 30. April 1932 von Seiten der Arbeitgeber genehmigt. Die Forderung der Arbeitgeber ging auf einen Abbau der Löhne über 200 RM, von 20 Prozent, der übrigen von 10 Prozent. Die diesbezüglichen Verhandlungen mit den Arbeitnehmern haben zu einem Ergebnis nicht geführt, weshalb von Arbeitgeberseite der Schlichtungsausschuss angerufen wurde. Der Schlichtungsausschuss hat in seiner Sitzung am 27. Mai einen Schiedsspruch gefällt, der in einer Sitzung der Tarifkommission von den Arbeitgebern angenommen wurde. Dagegen haben die Arbeitnehmer den Schiedsspruch abgelehnt.

Wahlhader, 4. Juni. (Auch ein Zeichen der Zeit.) Am Donnerstag Abend wollten sich beim „Scharfen Eck“ zwei Erwerbslose aus Enzberg oerörtern. Sie waren jedoch, so berichtet der Württembergische Boten, so besinnungslos betrunken, daß sie sich wie junge Hunde auf der Straße bolagten. Der eine hat durch das Messer des anderen eine Verletzung erlitten, jedoch er nicht mehr stehen konnte. Im Verlauf der Bolagerei, die mitten auf der Straße stattfand, standen die beiden Betrunknen auf und warfen ihre an der Brücke stehenden Füßtricker in den Erlendbach, wo sie später die Polizei in schwer beschädigtem Zustand herauszog. Beide Trunkenbolde wurden auf die Polizeiwache gebracht, wo sie ihren Rausch ausschloßen konnten. Als am Morgen die Frau des einen erfuhr und den Geldbeutel öffnete, war nicht ein roter Pfennig darin. So hat also der Mann die ihm bezahlte Arbeitslosenunterstützung rump und stump vertunken, so daß die Familie nichts zu leben hat.

Stuttgart, 4. Juni. (Sämtliche Holzbetriebe im Streik.) Zurzeit befinden sich, wie die Süddeutsche Arbeiterzeitung berichtet, sämtliche Holzbetriebe in Stuttgart im Streik.

Stuttgart, 5. Juni. (Wohltätigkeitskonzert für die württ. Hochwasserbeschädigten — 3000 Sänger nahen mit.) Am Sonntag vormittag fand in den mittleren Schlossanlagen beim Hauptbahnhof ein Wohltätigkeitskonzert zugunsten der württ. Hochwasserbeschädigten der Schlossbrunnhöfe statt. Der Besuch litt unter dem teilweise sehr heftigen Regen, doch hatten sich immerhin etwa 5000 Zuhörer, darunter die Spitzen der Behörden, eingefunden. Mitwirkende bei dem Konzert waren die Vereinigte Stuttgarter Reichswehr- und Schutzpolizei (80 Musiker) unter Leitung von Musikdirektor Langner, Musikdirektor Vennig, Obermusikmeister Müller, ferner der Gesangverein des Schwäbischen Sängerbundes (etwa 3000 Sänger) unter Leitung von Gauchohrmeister Ruck und Schneider. Das Programm war sehr reichhaltig, wurde flott abgewickelt und fand bei den Zuhörern große Anerkennung.

Stuttgart, 5. Juni. (Das Reichsgericht bestätigt ein Todesurteil.) Der erste Stroffenot des Reichsgerichts hat die von dem 37 Jahre alten vech. Wagner Karl Wittmann von Oberndorf bei Schorndorf gegen sein Todesurteil eingeleitete Revision durch Beschluß — nicht einmal durch Urteil — als offensichtlich unbegründet verworfen. Damit ist das Urteil des Schwurgerichts Stuttgart, das am 7. März 1932 gegen Wittmann wegen Mordes an eigenen Kind, wegen Blutschande, Notzucht und Kuppelei die Todesstrafe und eine Gefängnisstrafe von 6 Jahren 2 Monaten ausgesprochen hat, rechtskräftig geworden. Dem Verurteilten bleibt jetzt nur noch die Möglichkeit, sich mit einem Gnadenersuchen an den württ. Staatspräsidenten zu wenden.

Horb, 4. Juni. (Ein neues Unwetter.) Gestern vormittag ging ein Unwetter über die Gegend nieder, das demjenigen vom Pfingstmontag nur wenig nachstand. Der Himmel öffnete seine Schleusen und sandte in drohendem Rauschen Hagelkörner von beachtlicher Größe. Auf den Straßen lagen die zusammengehämmerten Hagelkörner teilweise in dichten Haufen. Der Schaden ist recht erheblich.

Rutesheim, 4. Juni. (Durch Blitzschlag drei Gebäude eingestürzt.) Gestern nachmittag schlug der Blitz in die den Brüdern

Den Abschluß des denkwürdigen Jubiläums bildete ein Bunter Abend, der am vergangenen Montag stattfand und zu dem u. a. auch die Herren Oberregierungsrat Dr. Daubmann und Oberrechnungsrat Göttinger von der württembergischen Landesfürsorge-Behörde erschienen waren. Eine schlichte Gedenkfeier leitete den Bunter Abend ein. Dr. Daubmann in seiner Eigenschaft als erster Vorsitzender des Vereins für Volksheilstätten in Württemberg zeichnete in großen Zügen ein klares Bild von Aufbau und Entwicklung der Volksheilstätte Charlottenhöhe, die aus Mitteln der rein privaten Wohltätigkeit in diesen fünfundsiebzig Jahren sich zum heutigen Stande emporgeschwungen habe. Eine freundliche Ueberschau war die Verteilung von Ehrenurkunden und kleinen Ehrengaben für treue Dienste an mehrere langjährige Angestellte. Darauf nahm der Leiter der Volksheilstätte Charlottenhöhe, Oberarzt Dr. Dorn, das Wort zu einem kurzen, aber prägnanten Uebersicht über die Erfolge der letzten Jahre vom ärztlichen Standpunkt aus, Darlegungen, die von den Patienten mit großem Interesse aufgenommen wurden.

Das eigentliche Programm des Bunter Abends, das in der Ausführung eines Einakter seinen Höhepunkt erreichte, wurde allein von Patientinnen und Patienten der Charlottenhöhe bestritten. Kantoren, Rezitatoren, Solisten, Darstellern sowie den Mitgliedern einer eigens zu diesem Abend zusammengestellten Chorkapelle wurden für den Feierabend, mit dem sie sich ihrer Aufgabe gewidmet hatten, reichlicher Beifall der Zuhörer zu teil. Der Bunter Abend hatte seinen Zweck, den Patienten der Charlottenhöhe einige Stunden der Erholung und Zerstreuung zu bieten, vollumfänglich erfüllt, und noch oft und gern wird man sich der angenehmen Stunden erinnern.

Das mißglückte Bierpfennigstück

In der letzten Zeit ist häufig die Frage aufgetaucht, wo eigentlich die Bier-Reichspfennigstücke geblieben sind, von denen Anfang des Jahres 2 Millionen RM. in Auftrag gegeben wurden, damit so durch die Schaffung dieser neuen Scheidemünze die Bestrebungen des Reichsbankens gefördert würden. Es fiel allgemein auf, daß man nur äußerst selten ein derartiges Bierpfennigstück in die Hände bekam und sich der Zahlungsvorteile allgemein ohne diese neue Münze entwendet. Eine Nachfrage bei der zuständigen Stelle der Reichsbank hat jetzt die überraschende Feststellung gezeigt, daß das fast völlige Verschwinden des Bierpfennigstückes darauf zurückzuführen ist, daß in der Geschäftswelt und beim Publikum die neue Münze unbeliebt ist und von der Kasse der Reichsbank überhaupt keine Bierpfennigstücke verlangt werden. Bei der Reichsbank lagern für über eine halbe Million RM. Bierpfennigstücke, also beträchtliche Sätze oder genau gerechnet 15 Millionen Stück. Ein gleichgroßer Betrag befindet sich in Händen des Publikums, das wohl in den meisten Fällen die ersten Stücke als Karikatur aufgehoben oder den Kindern in die Sparschnecke gesteckt hat. Obwohl manche Geschäfte in der ersten Zeit dazu übergingen, die Reste so zu gestalten, daß Bierpfennigstücke beim Wechsel herausgegeben werden mußten, macht jetzt die Reichsbank immer mehr die Erfahrung, daß nicht einmal von den Lohnbüros der Großbetriebe Bierpfennigstücke angefordert werden, sondern daß immer wieder auf die alten Ein- und Zweipfennigstücke zurückgegriffen wird. Ob angesichts der Tatsache, daß sich die neuen Bierpfennigstücke nicht eingebürgert haben, von der weiteren Ausprägung dieser Münze abgesehen wird, hängt von den Entscheidungen des Finanzministeriums ab. Zunächst scheint man noch einige Zeit abwarten zu wollen, ob die Abneigung gegen das neue Bier-Reichspfennigstück nicht doch nachläßt.

Gottlieb und Jakob Philippin gehörige Scheune in der Giebersheimer Straße. Die Scheune stand in kurzer Zeit in hellen Flammen und brannte nieder. Mit rasender Geschwindigkeit griff das Feuer auf die angrenzenden Gebäude über. In wenigen Minuten war auch das Wohnhaus des Schuhmachers Gottlieb Käger ein Raub der Flammen. Das häßliche Wohnhaus der Brüder Gottlieb und Jakob Philippin, Gottliebs Ehefrau, wurde ebenfalls noch vom Feuer erfaßt, so daß der Dachstuhl abbrannte und die beiden Wohnungen größtenteils zerstört wurden. Außerdem wurden noch eine Scheune in Mittelstraße gezogen. Zur Bekämpfung des Brandes war die hiesige Feuerwehr am Brandplatz erschienen, später auch die Wehrkommando von Leonberg mit ihrer Motorspritze. Nach 2 Stunden war die Gefahr einer Ausdehnung beseitigt. Der Schaden ist beträchtlich. Die Geschädigten sind teilweise versichert. Ein Feuerwehrmann wurde leicht verletzt.

Ansetzung der Mandatsverteilung im Landtag

Stuttgart, 4. Juni. Die nach dem württ. Wahlengesetz angeordnete Ansetzung der Mandatsverteilung auf Grund des württ. Wahlgesetzes durch die Deutsche Volkspartei, Volkssouveräner Vereinigung und Volkswirtschaftler ist nun unter dem 27. Mai in der Form einer Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich erfolgt. Die Klage verfolgt, wie der „Schwäb. Merkur“ berichtet, die Feststellung, daß die Art. 21 und 22 des württ. Landtagswahlgesetzes hinsichtlich der Verteilung der Bezirks- und der Landeslisten der Reichsvereinsparteien widerstreitend sind und daß die 4 Mandate in einem einheitlichen Verfahren zu verteilen sind. Es wird also nicht die Stimmabgabe, sondern nur die Verteilung angefochten. Die Begründung führt in wesentlichen die Gesichtspunkte an, die schon am 11. Mai ein Ausschuss von Dr. W. Kohlhaas im „Schwäb. Merkur“ ausgeführt hatte. Die Verteilung der Sitze geschieht in Württemberg nicht so, daß auf je den 80. Teil der abgegebenen Stimmen ein Sitz fielen, sondern so, daß den durch Dividieren mit 1, 2, 3 und so fort erhaltenen Höchstzahlen 60 Bezirksliste und dann, abwärts mit der höchsten beginnend, auch die 24 Landesliste zugeteilt werden. Es erhalten also die 24 größten Zahlen je zwei Sitze, die 23 folgenden je einen. Die großen Stimmzahlen haben also doppeltes Gewicht. Der 80. Teil der abgegebenen Stimmen wäre 15529 gewesen, also hätten bei gleichem Gewicht der Stimmen Deutsche Volkspartei mit 19312 und Volkswirtschaftler mit 16344 Stimmen nach einem Sitz bekommen müssen. Die Begründung verweist auf das Urteil des Staatsgerichtshofes in der Klage benachteiligter Parteien nach den letzten Landtagswahlen (Urteil vom 22. März 1929), das ganz eindeutig den gleichen Einfluß jeder Wählerstimme als Auswirkung der Reichsverfassung Art. 17 gefordert hatte. Nach dem Urteil vom 22. März 1929 ist auf einen Erfolg auch der neuen Klage durchaus zu hoffen.

Maßnahmen gegen unzuverlässige Steuer- und Buchführungsberater

Stuttgart, 4. Juni. Die Handwerkskammer Stuttgart als Vorort des württ. Handwerksamtes hat sich aufgrund der schlechten Erfahrungen, welche in den letzten Jahren, besonders aber in letzter Zeit, mit den in Handwerk und Gewerbe teilweise tätigen Steuer- und Buchführungsberatern gemacht wurden, an die württ. Regierung und den Deutschen Handwerks- und Gewerbeamtstag gewandt mit der dringenden Bitte, für die Einführung der Erlaubnispflicht derartiger Unternehmungen für Steuer- und Buchberatung einzutreten und gleichzeitig vorzuschreiben, daß vor der Erstellung der Erlaubnis die Anhörung der gesetzlichen Berufsvertretung vor-

geschrieben wird. Ohne strenge Prüfung sei es nicht möglich, die in immer größerer Anzahl innerhalb von Handwerk und Gewerbe als Steuerberater und Buchführungsfachverständige tätigen unzuverlässigen Personen fernzubehalten. Zum Schluß wird gesagt: Das nach der Reichsabgabenordnung bestehende Zulassungsverfahren habe sich nach dieser Richtung als durchaus unzuverlässig erwiesen; dieses Verfahren verfolge auch nicht in erster Linie den mit obigem Antrag gewünschten Zweck.

Saatenstand in Württemberg zu Anfang Juni

Stuttgart, 2. Juni. Landesdurchschnitt (1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering, 5 = sehr gering): Winterweizen 2,6 (im Vormonat 2,9), Sommerweizen 2,7, Winterdinkel 2,6 (2,8), Winterroggen 2,6 (2,9), Sommerroggen 2,9, Wintergerste 2,9 (2,8), Sommergerste 2,6, Haber 2,7, Frühkartoffeln 2,6, Spätkartoffeln 2,8, Hopfen 3,0, Futterrüben 2,7, Runkelrüben 2,7, Acker 2,8 (2,9), Luzerne 3,0 (3,0), Weizenwiderstandswiesen 2,5 (3,0), andere Wiesen 2,5 (3,0), Aepfel 3,5, Birnen 3,1, Weinberge 2,6. Der Monat Mai mit seinem Wechsel von teils schönen, fast hochsommerlich heißen, teils fahlen und überaus niederschlagsreichen Tagen war im ganzen genommen für das Wachstum der Früchte nicht ungünstig. Die gefährlichsten Waidröße sind neuer ausgebrochen. Dagegen ist durch ein schweres Hagelwetter mit Wolkenbruch am 16. Mai (Pfingstmontag) in mehreren Bezirken (Magold, Derrenberg, Calw, Leonberg, Balingen) beträchtlicher Schaden ausgerichtet worden. Für das weitere Gedeihen aller Gewächse wäre nunmehr warme, trockene Witterung dringend erwünscht. Das Wintergetreide hat gute Fortschritte gemacht, desgleichen das Sommergetreide. Doch ist auch neuer wieder starkes Auftreten von Schädlingen (namentlich Heberich, Dittel, Freisfliege, Trautwurm, Engerlinge) zu beobachten. Auch die Obstfrüchte haben sich gut entwickelt. In den rauheren Gegenden sind die Kartoffeln noch zurück, stellenweise kaum aus dem Boden und auch das Verpflanzen der Runkelrüben ist dort erst im Gange. An den Runkelrüben sowie an Hopfen treten mitunter Erbsenflöhe schädigend auf. Die Wiesen stehen schön und versprechen einen reichlichen Ertrag; der Acker ist nicht selten lückenhaft und in den ungenutzten Feldern macht sich manderorts der Löwenzahn so stark bemerkbar, daß Unkrautmaßnahmen vorgenommen werden mußten. Die Grünfütterung hat allenthalben voll eingesetzt und in den milderen Gegenden wurde vereinzelt bereits mit der Deurente begonnen. In Fernost ist zur Zeit der Stand der Aussäen noch nicht zu beurteilen, da die Blüte noch nicht überall beendet ist; so viel aber läßt sich, da auch der Apfelsäulenfresser (Kaiswurm) fast aufgetreten ist, heute schon sagen, daß ein so reichlicher Ertrag wie im Vorjahr freinesfalls zu erwarten, sondern günstigenfalls mit einer nicht mehr als mittleren Ernte zu rechnen ist. Die Weinberge haben schön ausgetrieben und zeigen einen vielversprechenden Stand.

Verbesserung der Rübenzuckererzeugung mittels eines neuen Verfahrens will man im Leutingerer Pflanzlichen Institut gefunden haben. Nach der neuen Methode bleibt vom Saft ein wesentlich geringerer Teil Melasse, und der Zuckerertrag verringert sich um zwei Drittel. Nach dem neuen Prozeß soll es leichter möglich sein, Zucker auch aus anderen zuckerhaltigen Stoffen herauszuziehen. Die Untersuchungen der neuen Zuckerproben sollen sich als günstig erweisen haben.

Letzte Nachrichten

Stuttgart, 5. Juni. Der Präsident des Landesarbeitsamtes für Süddeutschland in Stuttgart, Herr Kälin, wurde am Samstag vom Reichsarbeitsminister v. Bapen empfangen. Dabei wurde ihm das Reichsarbeitsministerium angeboten. Herr Kälin, der zur Zentrumspartei gehört, hat die Uebernahme dieses Ministeriums abgelehnt.

Karlsruhe, 5. Juni. Der Erweiterte Landesvorstand der Deutschen Staatspartei in Baden beschloß einstimmig, selbständig und unabhängig in den Wahlkampf einzutreten und Minister Dietrich als Spitzenkandidat für die staatsparteiliche Liste Badens aufzustellen.

Berlin, 4. Juni. Wie der „Vormärts“ berichtet, ist der frühere Oberpräsident und Reichsbannerführer Borking vom Parteivorstand aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden.

Berlin, 5. Juni. Die Ratschaltstelle der Berliner Kriminalpolizei hat in Dohrenschanzen bei Berlin eine Fälschmüngerwerkstätte ausgehoben. Der 34jährige Kunstmalers und Grabhauer Walter Bahl und seine Frau wurden verhaftet. Bahl hat, ebenso wie der Fälscher Salaban, ganz allein und ebenso heimlich, 10-, 20- und 50-Markscheine hergestellt, und zwar während der letzten acht Jahre in Höhe von etwa 50 000 Mark. Bahl legte nach anfänglichem Leugnen ein umfassendes Geständnis ab. Daraufhin wurde er und seine Frau dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Berlin, 5. Juni. Der am Samstag in der Nähe der Rennbahn Grünwald beim Kunstflug abgestürzte Pilot Werner Krause ist heute früh an den Folgen seiner schweren Schädelverletzung gestorben.

Rom, 5. Juni. In der Nähe des Venezia-Platzes, an dem der Palazzo Venezia, der Sitz des Regierungsschefs, steht, nahmen Kollanten eine verdächtige Person fest, die im Besitz eines falschen schweizerischen Passes auf den Namen Angelo war, dessen wahrer Name jedoch als Bardelotto festgestellt wurde. Bei dem Verhafteten wurden zwei hochexplosive Bomben und ein schußfertiger Revolver gefunden. Bardelotto gestand, daß er ein Attentat auf Mussolini verüben wollte.

Breslau, 4. Juni. Der Angestellte Gottfried Kühle hat in der Stadt zum Freitag seine Ehefrau mit einem Beil erschlagen und seinen beiden 3½ und ein Jahr alten Kindern die Kehle durchgeschnitten. Dann hat er Gift genommen. Kühle, der allein noch lebte, wurde ins Krankenhaus übergeführt. Das Motiv ist vermutlich in wirtschaftlicher Notlage zu suchen.

Hamburg, 4. Juni. Eine Frau Alperon sprang heute mit ihren 9- und 6jährigen Kindern aus dem Fenster ihrer im 1. Stockwerk gelegenen Wohnung auf die Straße. Die Frau und der ältere Knabe waren sofort tot, an dem Aufkommen des jüngeren Kindes wird gearbeitet. Die Tat wird auf verzerrte Familienverhältnisse zurückgeführt.

Stockholm, 5. Juni. Die anhaltenden Schneestürme in Nordeuropa sind die schwersten seit Menschengedenken. Die Wirtungen des Unwetters sind katastrophal. Die ganze Provinz Norrbotten und der größte Teil der Provinz Listerbotten sind von dem übrigen Reich völlig abgeschnitten. Die Städte Stelleviken und Uleåker sind ohne elektrisches Licht und Kraft. Autobusse und Autos müssen aus den meterhohen Schneewehen herausgedrungen werden. Das Unwetter hat auch schwere Ueberflutungen verursacht.

Genève, 5. Juni. Wie aus Washington verlautet, hat der Senat eine zehnprozentige Kürzung aller Beamtengehälter über 100 Dollar beschlossen. Die Gesamtparität dieser Maßnahme beträgt 117 Millionen Dollar.

New York, 4. Juni. Die Federal Reserve Bank von New York teilt mit, daß sie in Gemeinschaft mit den übrigen Zentralbanken der Verlängerung des 90 Millionen Dollar-Kredits an die Reichsbank um drei Monate zustimme, dessen Zinssatz auf 5 Prozent herabgesetzt werden würde.

Eine Bilanz der Weltwirtschaftskrise

Genf, 4. Juni. Eines der für die internationale Wirtschaftspolitik bedeutendsten Dokumente ist sicherlich der heute abend fertiggestellte Bericht des Wirtschaftskomitees an den Rat des Völkerbundes.

Der Bericht enthält in nüchternen Zahlen, begleitet von nur 9 Seiten Text, die ebenso klare wie erschütternde Feststellung, daß

der Welthandel von 1929 bis 1931 von 51 Milliarden Dollar auf 18 Milliarden Dollar

und nach den bisherigen Feststellungen für 1932 wahrscheinlich auf weniger als 15 Milliarden Dollar zurückgegangen sein wird, d. h. in zwei Jahren um mehr als die Hälfte.

Die Arbeitslosigkeit ist in fast genau demselben Verhältnis angewachsen. Der Rückgang der Preise ist an diesem Punkt der Wertpapier des Welthandels nur etwa mit einem Fünftel beteiligt. Am wenigsten verloren haben Schweden mit 34 Prozent, Belgien mit 40 Prozent; alle anderen Länder nähern sich der Hälfte oder haben noch mehr verloren, so Deutschland 49 Prozent, Österreich 54 Prozent, Spanien 70 Prozent, Frankreich 51 Prozent, England (trotz der angeblich den Handel und die Industrie fördernde Aufgabe des Goldstandards) 45 Prozent, Ungarn 70 Prozent, Italien 46 Prozent. Selbst die Vereinigten Staaten haben 33 Prozent, also in zwei Jahren fast volle zwei Drittel ihres Welthandels eingebüßt.

Der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes hat seine vor einigen Tagen unter dem Vorsitz des österreichischen Sektions-

chefs Schüller begonnenen Beratungen gestern abgeschlossen. Der Wirtschaftsausschuß, dem namhafte Wirtschaftsvertreter der Regierungen angehören, betont in einem einstimmig angenommenen Bericht erneut mit Nachdruck die

Notwendigkeit schneller und grundsätzlicher Lösungen auf dem Gebiete des internationalen Geld- und Güterauswaches.

Der Ausschuß stellt noch einmal fest, daß die Weltwirtschaftskrise durch wirtschaftliche Mittel allein nicht behoben werden kann, sondern daß hierfür eine Lösung der großen Finanzfragen, insbesondere des internationalen Schulden- und Reparationsproblems und eine Gesamtvereinbarung der politischen Atmosphäre notwendig ist, weil nur so das angesichts zerstörten Vertrauens wieder hergestellt werden kann. Die von den verschiedenen Staaten in den letzten Monaten ergriffenen handelspolitischen Maßnahmen (Einfuhrbeschränkungen aller Art, die Kontingente, Devisenbeschränkungen usw.) haben die Gesamtentwicklung nur verschlimmert. Der Wirtschaftsausschuß betont noch einmal, daß eine baldige und den allgemeinen Interessen Rechnung tragende endgültige Regelung des internationalen politischen Friedensproblems erfolgen müsse.

Sportdecke.

Fußball. Das Endspiel um den Deutschen Bundespokal, das gestern zwischen Süd- und Norddeutschland in Leipzig zum Austrag kam, gewannen die Norddeutschen mit 1:2 Toren.

Um den Aufstieg zur Bezirksliga:

Gruppe Württemberg: Sportfreunde Stuttgart — Sportklub Stuttgart 2:1, Sportfreunde Heilbronn — Normannia Gmünd 0:1, F.C. Tullingen — F.B. Niesern 2:3. Die Lage ist nun so: Sp.Cl. Stuttgart ist Aufstiegsmeister, Normannia

Gmünd muß am Sonntag in Niesern gewinnen, dann ist der Aufstieg gesichert. Berliert Normannia, dann kann es noch zu einem Entscheidungsspiel zwischen Gmünd und Sportfreunde Stuttgart kommen.

Gruppe Baden: F.B. Offenburg — Sp.-Vog. Trostingen 0:0, Frankonia Karlsruhe — Sp.-Vog. Freiburg 6:1, F.C. Konstanz — Sportfreunde Forchheim 1:2. In der Gruppe Baden hat sich mit dem getrigen Spiel der F.B. Offenburg den Aufstieg in die Bezirksliga gesichert. Zweiter aufsteigender Verein dürfte Frankonia Karlsruhe sein, wenn nicht noch Überraschungen die Sp.-Vog. Trostingen in den Vordergrund schieben.

Gruppe Südbayern: In dieser Gruppe sicherte sich gestern der Ulmer F.B. im Spiel gegen Armin München durch das 4:1-Ergebnis die Aufstiegsmeisterschaft. Damit sind also zwei Ulmer Vereine, S.S.B. und F.B. 94, in der Bezirksliga vertreten.

Prüfungsspiele:

F.C. Birnauens — F.C. Forchheim 1:1, Badnang — F.C. Birkenfeld 3:4, Stuttgarter Sportklub — Stuttgarter Kickers 3:0, Borussia Reutlingen — F.C. Forchheim 2:1, F.C. Ludwigsburg — F.C. Birkenfeld 0:7, F.B. Neuenbürg — F.C. Forchheim (Propaganda) 4:4, Springen — Dillingen 3:1, Sportklub Forchheim — Germania Union Forchheim 3:3, Mühlacker — Cannstatt 3:2.

Das Freundschaftsspiel im Turner-Vandball Birkenfeld gegen Turngemeinde Forchheim, das gestern nachmittags 4 Uhr zum Austrag kam, endete mit 0:9 für Forchheim. Folgendes Ergebnis trat mit Erfolg an und war in der ersten Halbzeit dem Gegner wenig ebenbürtig. Spielte aber nach Halbzeit ausgeglichener und konnte 4 Tore aufholen. Bisher trennte sich die Jugend mit 8:6 für Birkenfeld.

Der Bezirkswaldbauverein Neuenbürg

hält seine diesjährige

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, den 12. Juni ds. Js. in Langenbrand im „Hirsch“, mittags um 2 Uhr, ab, wobei Oberforstmeister Dannecker in einem Waldlehrgang über

„die Räte und Aussichten des Privatwaldes“

sprechen wird. Sämtliche Privatwaldbesitzer des Bezirks sind eingeladen.

Vorstand Bürgermeister Kugele.

Sämtliche Holzformulare

unter Mitwirkung erfahrener Fachleute des Oberamtsbezirks im eigenen Verlag bearbeitet, empfiehlt

C. Meeh'sche Buchdruckerei

Inh. Fr. Biesinger.

Amtsgericht Neuenbürg.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Karl und Elli Rathfelder, Goldarbeiterseheleute in Schwarzenberg, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen und Schlußtermin gemäß § 162 R.O. bestimmt auf

Dienstag, den 6. Juli, 11 Uhr,

vor dem Amtsgericht Neuenbürg.

HOTEL PROSPEKTE

PROSPEKTE FÜR PENSIONEN

liefert in sauberer Ausführung und neuzeitlicher Ausgestaltung



C. Meeh'sche Buchdruckerei, Inh. Fr. Biesinger, Neuenbürg, Tel. 404. Verlangen Sie kostenlose Vorschläge.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Stadtrats-Sitzung

am Dienstag den 7. Juni, nachm. 6 1/2 Uhr.

Tagesordnung:

1. Fürsorgeangelegenheiten — nichtöffentlich.
2. Rechtsache.
3. Abschluß des Voranschlags.
4. Sonstiges.

Bürgermeister Knodel.

Kapital-Beschaffung ist Verträuenssache!

Sind Sie vorsichtig in der Wahl der Kapitalbeschaffungsgeschäfte und lehnen Sie jede Forderung einer Vorschubleistung ab.

I. Hypotheken, Baugelder

vermittelt direkt von privat zu privat nach anerkannt reellen Grundsätzen unter Zusage strengster Verschwiegenheit

Fritz Müller, Neuenbürg, Brunnenstraße 38.

Einzug von Forderungen jeder Art

durch

Inkasso-Geschäft Wolfinger Neuenbürg.

Birkenfeld.

3500 Mk.

von Selbstgeber auf I. Hypothek gesucht. Evtl. verkaufe ich mein Haus mit Stall und Scheune, zum Betrieb von größerer Landwirtschaft sehr geeignet, um günstigen Preis.

Otto Ehinger, Hauptstr. 96.

Birkenfeld.

20 Kr

Heugras

verkauft

Fritz Bäuer, Hauptstr. 72.

Prima Most

hat billigst zu verkaufen

Seibold, Reisenbach.

Postkarten-Album

C. Meeh'sche Buchhandlung.

Amtstörperechenschaft Neuenbürg.

Schotter-Beifuhr auf Bezirksstraßen.

Die Anfuhr wird im Submissionswege vergeben. Schriftliche Angebote, für die Bahnstation getrennt, wollen mit entsprechender Aufschrift versehen und verschlossen bis

13. Juni 1932, nachmittags 6 Uhr,

bei der Oberamtspflege, bei der die Bedingungen eingesehen werden können, abgegeben werden

Strasse	Markung	Bedarf in Tonnen	ab Station	Los Nr.			
Neuenbürg—Langenalb	Neuenbürg	1400	Neuenbürg u. Birkenfeld	1			
	Arnbach	4400	Neuenbürg u. Birkenfeld	2			
	Schwann	1200	Neuenbürg u. Birkenfeld	3			
	Conweiler	1800	Neuenbürg u. Ittersbach	4			
	Feldrennach	300	Ittersbach	5			
	Schwann—Herrenalb (von der Schwanner Warte an)	Schwann	300	Neuenbürg	6		
		Conweiler	400	Neuenbürg	7		
		Feldrennach	800	Neuenbürg	8		
		Neufas	800	Herrenalb	9		
		Ratenfol	400	Herrenalb	10		
		Schwann—Dennach	Schwann	2400	Neuenbürg	11	
			Dennach	1200	Neuenbürg	12	
			Schwann—Feldrennach	Schwann	400	Neuenbürg	13
				Feldrennach	600	Neuenbürg u. Ittersbach	14
		Herrenalb—Bernbach	Herrenalb	600	Herrenalb	15	
	Bernbach		1400	Herrenalb	16		
	Arnbach						
	Neuenbürg—Weiler und Arnbach—Niebelsbach (von der Ziegelhütte an)	a) nach Neuenbürg	600	Neuenbürg	17		
		b) nach Ottenhausen	600	Neuenbürg	18		
c) Arnbach—Niebelsbach		300	Neuenbürg	19			
Ottenhausen	a) gegen Arnbach	300	Ottenhausen—Weiler	20			
	b) nach Weiler	600	Weiler	21			
	c) Arnbach—Niebelsbach	600	Neuenbürg	22			
Schwann—Ellmendingen	Schwann	—	Neuenbürg	23			
	Ottenhausen	300	Ottenhausen—Weiler	24			
	Niebelsb. geg. Schwann	800	Ellmendingen	25			
Neuenbürg—Gräfenhausen	Niebelsb. geg. Ellmendingen	1000	Ellmendingen	26			
	Gräfenhausen	300	Neuenbürg	27			
	Neuenbürg (Wilhelmshöhe)	1600	Neuenbürg	28			
Birkenfeld	Birkenfeld	3400	Neuenbürg u. Birkenfeld	29			
	Birkenfeld	800	Birkenfeld	30			
	Birkenfeld—Gräfenhausen	2800	Neuenbürg u. Birkenfeld	31			
Feldrennach—Langenalb	Feldrennach	1700	Ittersbach	32			
	Neuenbürg	2000	Neuenbürg	33			
	Waldbrennach	—	Neuenbürg	34			
Langenbrand	a) von Neuenbürg	—	Neuenbürg	35			
	b) nach Langenbrand	1500	Neuenbürg	36			
	Langenbrand	—	Höfen	37			
Schömburg	a) von Waldrennach	3800	Neuenbürg	38			
	b) nach Schömburg	—	Höfen	39			
	Schömburg	—	Höfen	40			
Schömburg—Unterreichenbach	a) von Langenbrand	1200	Höfen	41			
	b) nach Schwarzenberg	—	Unterreichenbach	42			
	Schwarzenberg	400	Unterreichenbach	43			
Höfen—Langenbrand	Oberlengenhardt	1800	Liebenzell	44			
	Unterlengenhardt	1000	Liebenzell	45			
	Schwarzenberg	300	Unterreichenbach	46			
Neuenbürg—Unterreichenbach	Schwarzenberg	3600	Unterreichenbach	47			
	Höfen	1200	Höfen	48			
	Langenbrand	2300	Höfen	49			
Engelsbrand	Birkenfeld	1000	Neuenbürg	50			
	Engelsbrand	2200	Neuenbürg	51			
	a) von Birkenfeld	400	Neuenbürg	52			
Kleingentalstraße	b) nach Grunbach	100	Neuenbürg	53			
	Salmbach	—	Neuenbürg	54			
	Grunbach	—	Neuenbürg	55			
	a) von Engelsbrand	1000	Unterreichenbach	56			
	b) n. Unterreichenbach	600	Unterreichenbach	57			
	Calmbach	3000	Calmbach	58			
	Würzbach	600	Calmbach	59			



Schwäbischer Merkur Stuttgart

Regelmäßige Beilagen: Sonntagsbeilage / Bunte Ernte Frauenzeitung / Sport und Spiel / Technischer Merkur Reise und Rast / Meer und Wehr / Führende Handelszeitung / Das Blatt des anspruchsvollen Zeitungslesers

Bestellungen nehmen die Postämter entgegen

Anerkannte Erfolge für Anzeigen aller Art

